Morgen-Ausgabe
Nr. 587 — 69. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

S.-A. 8 U. 11 M. morgens ✱ M.-A.
S.-U. 3 U. 43 M. abends M.-U. 11 U. 38 M. morg.

Erstes Beiblatt
Mittwoch, 21. Dezember 1921

Das Todesurteil gegen Peter Grupen.

Der Schlußakt der Tragödie von Kleppelsdorf.

Im Kleppelsdorfer Mordprozeß sprachen die Geschworenen in der vierten Nachmittagsstunde des gestrigen Tages den Angeklagten Peter Grupen des Mordes in zwei Fällen und des Sittlichkeitsverbrechens in Tateinheit schuldig. Das Urteil des Gerichtshofes lautete zweimal zum Tode und zu fünf Jahren Zuchthaus sowie dauernden Ehrverlust. Der Angeklagte erklärte in seinem Schlußwort, auf Revision und Gnadenmittel zu verzichten.

Die Geschworenen haben die Schuldfragen bejaht und Peter Grupen zum Tode verurteilt. Er erklärte in seinem Schlußwort, den Spruch hinzunehmen und auf Revision und Gnadenmittel zu verzichten. Der Mann, der sich mit zäher Sicherheit bis zum letzten Augenblick verteidigte und nicht für eine Sekunde die Selbstbeherrschung verlor, hat kapituliert. Ein Geständnis hat er nicht abgelegt.

Grupen erfreut sich nicht der Sympathie des Publikums, die der ihm an Nervenkraft gewachsene Landru genießt. Justizrat Ablaß, der die Verteidigung mit großer Hingabe und formaler Routine führte, mahnte in seinem Plaidoyer die Geschworenen, in diesem Prozeß, in dem so viel von Suggestion die Rede gewesen war, nicht selbst einer Suggestion zu unterliegen. Es ist kein Zweifel, daß die Stimmen, die von außen her in den Gerichtssaal drangen, die Geschworenen in keiner Weise beeinflußt haben, daß ihnen, trotz einer glänzenden Verteidigung, die Beweislast erdrückend schien.

Dennoch muß der Eindruck bleiben, daß in etlichen Stadien der dramatisch bewegten Verhandlungen die Vertretung der Anklage der Verteidigung nachstand. Der Ring um den Angeklagten schließt sich nicht vollkommen, es bleiben Widersprüche, bleiben Widerrufe früherer Aussagen, es bleibt ein ungelöster Rest. Immer von neuem versuchten Ablaß und Mamroth, die Bresche zu erweitern, aber am Ende stand doch der Eindruck fest, daß die Lücke in der Verteidigung nicht geringer war als die in der Anklage. Und damit war allerdings die Position des Staatsanwalts gestärkt, die Argumentation der Verteidigung verlor an Gewicht. Die Verurteilung auf Grund von Indizien, sonst in Fällen von solcher Tragweite durchweg sorgfältig vermieden, wurde Tatsache.

Entscheidend eingewirkt haben muß die Aufrollung der Vergangenheit des Angeklagten. Eine trübe Atmosphäre brachte das Leben dieses Mannes mit sich. Der blonde, starkknochige Mann mit dem durchaus gewinnenden Wesen stand plötzlich da als ein Unbedenklicher, als einer, der Macht über die Menschen hat und das skrupellos ausnutzt. Die Aussagen über widerwärtige und gewissenlose Handlungen häuften sich. Nicht alles davon braucht auf die Goldwage gelegt zu werden. In der Betrachtung der Rückschauenden nahm sicherlich vieles ein unnatürliches Format an, wer eines so ungeheuerlichen Verbrechens beschuldigt ist, dem wird nachher jede Harmlosigkeit als verbrecherische Absicht gedeutet. Aber alles das abgezogen, es blieb noch immer genug, um den Angeklagten hoffnungslos zu isolieren und das, was an ernsthaften Beweisstücken nun einmal vorlag, in ein neues und schlimmeres Licht zu setzen.

Für große Teile der Öffentlichkeit wird mit diesem Ausgang die Frage von Grupens Schuld nicht erledigt sein. Es wird, wie immer nach einem solchen Prozeß, der die letzte Lösung nicht bringt, eine lebhafte Diskussion einsetzen. Peter Grupen auch hierin stark und konsequent, hat sich von vornherein außerhalb gestellt. Ihn bewegen die Meinungen der Leute ebensowenig wie bisher. Sein Lebensspiel ist verloren; der blutige Einsatz war das Todesloß. Und als er das erkannte, kapitulierte er. Aber er ist nicht der Mann melodramatischer Geständnisszenen. Und so nimmt er das Rätsel mit sich.

Die letzte Szene.

Hirschberg, 20. Dezember. (Privat-Telegramm.)

Erst der Dienstag ward zum dies irae. Des langen Ausharrens müde, verläßt ein großer Teil des an den Pforten des Gerichtsgebäudes Sturm und Regen trotzenden Zuschauerpublikums Montag nacht in später Stunde sein Standquartier. In der zweiten Nachmittagsstunde neigte sich das düstere, forensische Schauspiel rasch zum Schlußakt. Nach der gegen den Staatsanwalt gerichteten Gegenrede des Verteidigers Dr. Ablaß, endigte der lange, heftige Redekampf um die Schicksalsfrage: Schuldig oder Nichtschuldig.

Dann gab der Vorsitzende den Geschworenen die vorgeschriebene Rechtsbelehrung mit auf den Weg in ihrem Beratungszimmer. Der Angeklagte wurde abgeführt.

Das Publikum richtete sich auf ein langes Warten ein. Man kürzte sich die Zeit durch lebhafte Unterhaltung. Der Ernst des Ortes und des Augenblicks wurde vergessen. Zeugen und Sachverständige rüsteten sich zur Abreise.

Kurz nach 3 Uhr hallte der schrille Klang der Glocke durch die Halle. Die Beratung und Abstimmung der Geschworenen über ihr Votum war beendet, die Volksrichter wünschten, es der Oeffentlichkeit zu verkünden.

Der Gerichtshof nimmt seinen Platz ein. Lautlose Stille. Die Geschworenen treten ein. Alles hält den Atem zurück. Da beginnt der Obmann Oberstleutnant Schultz (Kunersdorf): „Auf Ehre und Gewissen verkündige ich den Spruch der Geschworenen": Ist der Angeklagte, Architekt Peter Grupen aus Dittenbittel schuldig, am 14. Februar 1921 zu Klepperdorf bei Lehn, einen Menschen, Dorothea Rohrbeck, vor üblich getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben? — Ja! mit mehr als sieben Stimmen.

Mit einem Schlage war durch dieses Ja die aufs höchste gesteigerte Spannung gelöst. Eine laute Kundgebung des Publikums blieb aus. Der Bejahung der anderen Schuldfragen, namentlich der wegen der Ermordung Ursulas, wurde wenig Beachtung geschenkt.

Der Vorsitzende stellt des ordnungsgemäße Zustandekommen des Wahrspruches fest, verliest ihn mit seiner Unterschrift und übergibt ihn dem Protokollführer.

Vors.: „Der Angeklagte ist in den Saal zu führen."

Grupen erscheint in der üblichen Begleitung eines Polizeibeamten. Gemessenen Schrittes begibt er sich zur Anklagebank. Sein volles, gesundes Gesicht bedeckt ungewöhnliche Blässe. Schwer wird ihm diesmal die während der dreizehn Verhandlungstage streng geübte Artigkeit, Richter und Geschworene mit einer Verbeugung zu begrüßen. Man merkt ihm an, daß er eine riesengroße, innere Unruhe niederzuhalten sich bemüht.

Der Wahrspruch hallt nun nochmals durch den Saal: „Schuldig des Mordes? Ja!" „Schuldig des Sittlichkeitsverbrechens? Ja!"

Ein leichtes Zusammensinken seiner muskulösen Gestalt war die Wirkung der furchtbaren Tatsache, daß der Stab über ihn gebrochen sei.

Auf den fragenden Blick des Vorsitzenden rafft der Angeklagte sich auf, bebend und stockend beginnt er: „Ich verzichte von vornherein auf jede Revision und auf ein Gnadengesuch." (Der Verteidiger unterbricht ihn mit der Bemerkung: „Darüber werden wir später reden.") Mit fester werdender Stimme, seine während der ganzen Verhandlung an den Tag gelegte Ruhe wiedergewinnend, fügt er hinzu: „Der Wahrspruch der Geschworenen ist ein Fehlspruch, für den ich Sie aber nicht verantwortlich mache. Ich kann verstehen, wie die Geschworenen zu ihrer Auffassung gekommen sind. Vielleicht wird noch der Tag kommen, wo das eine oder andere sich aufklären wird."

Das Berliner Wohnungselend.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung.

Außerordentliche Sitzung vom 20. Dezember.

Zur Annahme gelangt ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen: dem Etatsausschuß unverzüglich Vorschläge zur Deckung der infolge der Erhöhung der Bezüge der Werksangestellten und Arbeiter entstandenen Mehrausgaben zu machen und Auskunft zu erteilen über den Stand der Verhandlungen mit der Reichsregierung über der Stadt zu gewährenden Zuschüsse.

Eine längere Erörterung erregt die Angelegenheit der erfolgten Kündigungen der letzten Jahrgänge der Junglehrer. Der Ausschuß, dem diese Sache auf Grund vorliegender Anträge unterbreitet worden war, empfiehlt, den Magistrat aufzufordern die Kündigungen wieder zurückzunehmen.

Stadtschulrat **Paulsen** versichert, daß, wenn auch nicht alle Kündigungen zurückgenommen möglich sein dürfte, der Magistrat bestrebt sein werde, sie auf ein Minimum zurückzuführen.

Der Ausschußantrag auf Zurücknahme der Kündigungen wird angenommen, ebenso gelangen mehrere Anträge, die sich auf die Verwendung der Junglehrer im Schuldienstbetriebe usw. beziehen, zur Annahme.

Ein Antrag Dr. Wendt (U. Soz.) verlangt, den Magistrat zu ersuchen, die Summe von 1000 Mark sämtlichen Altpensionären der Großen Berliner Straßenbahn ebenfalls sofort zu bewilligen. In der längeren Aussprache erklärte Stadtbaurat Dr. **Adler**, daß der Versammlung in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage des Magistrats zugehen werde. Von allen Seiten wurde die Notlage der Altpensionäre betont und der Antrag Wendt angenommen.

Zur Verhandlung gelangte dann der Dringlichkeitsantrag Runge (U. Soz.) und Genossen über Maßnahmen gegen die drohende Zeitungspapierknappheit.

Stadtv. **Haß** (Soz.) lehnt den Antrag ab.

Stadtv. **Peter** (Deutschnat.) stimmt dem Antrag zu.

Stadtv. Dr. **Rosenberg** (Komm.): Wir sind für alle Anträge, die dem Ausverkauf Deutschlands entgegentreten.

Es wird darauf Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Es folgt der Antrag Müller-Franken (Wirtsch. Vgg.): „Den Magistrat zu ersuchen, mit allergrößter Beschleunigung Mittel und Wege zu ergreifen, um dem Wohnungselend in Groß-Berlin Einhalt zu tun. Nur durch eine Wohnungspolitik, welche voraussetzungslos und frei von allen Parteidoktrinen durchgeführt wird, ist es möglich, den heutigen Zustand in unserem Wohnungswesen, der für Mieter wie Vermieter gleich unhaltbar ist, zu beseitigen."

Der Stadtv. **Müller-Franken** begründete den Antrag und schilderte das Wohnungselend. Zurzeit hausen 500000 Menschen in ungenügenden Behausungen, die den Namen „Wohnung" absolut nicht beanspruchen. Auch das Reich können wir nicht rechnen, wir müssen zur Selbsthilfe greifen, das heißt wir müssen bauen, und das ist nur zu ermöglichen durch Steigerung der Mieten. Die Mieten müssen so hoch sein, daß den Hausbesitzer entsprechende Ueberschüsse bleiben, die zum Wohnungsbau wieder anregen.

Stadtv. **Kunze** (Deutschsoz.) schildert gleichfalls das ungeheure Wohnungselend und begründet eine große Reihe besonderer Anträge.

Stadtv. **Wollmann** (Demokr.) ist der Meinung, daß dem notleidenden Hausbesitzer zur Instandhaltung der Wohnungen geholfen werden müsse.

Bürgermeister **Ritter** stellt fest, daß die Zahl der Familien, die Wohnungen brauchen, seit 1914 um mehr als 80 000 gestiegen sei. Davon seien allerdings 37 000 aus dem östlichen Deutschland und östlichen Ausland. (Hört, hört rechts.) Seit dem Herbst 1918 seien 22 000 Schwerkriegsbeschädigte nach Berlin gezogen.

Stadtv. **Reuter** (Komm.) begrüßt die beantragte Einsetzung eines 25er Ausschusses, in welchem der Versuch gemacht werden muß, mit großzügigen Maßnahmen das Wohnungselend zu beseitigen. Das kann nur geschehen durch eine großzügige Siedlungspolitik, für die der Magistrat noch nicht das genügende Verständnis zu haben scheint. Auch auf eine gerechtere Verteilung der Wohnräume in der Stadt müsse dringend gedrungen werden.

In der weiteren Aussprache nimmt u. a. Stadtrat **Wutzky** die Wohnungsämter gegen Vorwürfe von Vorrednern in Schutz. Diese vielfach in der Oeffentlichkeit laut werdenden Vorwürfe seien Uebertreibungen. Es müsse gesagt werden, daß die Wohnungsämter im großen und ganzen ihre schweren Aufgaben pflichtgemäß erfüllen. Es sei auch nicht richtig, daß in Berlin so gut wie gar nichts gegen das Wohnungselend getan worden ist. Durch die Wohnungsämter sind seit 1919 14 500 Wohnungen neu hergerichtet worden mit einem Kostenaufwand von 50 Millionen. Durch den Wohnungsverband und das Siedlungsamt sind seit 1919 20 032 Wohnungen neu erbaut, die einen Zuschuß von 332,6 Millionen erforderten.

Schließlich wurden alle Anträge an den Ausschuß verwiesen.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Eine interessante Statistik.

Ende November wurden in Berlin (Verwaltungsbezirk I—XX) insgesamt rund 68 000 Erwerbslose (52 200 männliche und 15 800 weibliche) unterstützt. Der Abgang an Erwerbslosen betrug im Laufe des Monats November rund 21 600 (17 200 männliche und 4400 weibliche), der Zugang rund 14 800 (11600 männliche und 3200 weibliche). Es schieden aus: infolge Arbeitsaufnahme 16 205, infolge Arbeitsverweigerung 69, infolge Fernbleibens von den Geschäftsstellen 2196, infolge Ablebens 38, infolge Verheiratung 49, infolge Abwanderung 152, infolge sonstiger Gründe 2891.

Von den 68 000 Erwerbslosen waren rund 23 000 organisiert. Nach dem Alter gliederten sie sich folgendermaßen: Männliche zwischen 16 und 18 Jahren 1398, zwischen 18 und 21 Jahren 6462, über 21 Jahre 44 350 (davon 35 628 verheiratet). Weibliche zwischen 16 und 18 Jahren 514, zwischen 18 und 21 Jahren 788, über 21 Jahre 14 694 (davon 4274 verheiratet, 6501 verwitwet).

Die Zahl der Zuschlagsberechtigten betrug rund 68 298. Seit Dezember 1920 und länger waren ausgangs November noch 7377 Männliche und 2502 Weibliche erwerbslos.

1500 Mark Vorschuß an die unteren städtischen Beamten. Die Einreihung der Berliner städtischen Beamten und Festangestellten in den staatlichen Besoldungsplan konnte bisher nicht durchgeführt werden, weil die Verhandlungen sich infolge der Zusammenlegung der zahlreichen Gemeinden sehr schwierig gestalteten. Voraussichtlich wird die Neuordnung den städtischen Beamten Nachzahlungen rückwirkend vom 1. April 1920 ab bringen. Der Magistrat hofft, den Stadtverordneten im Januar eine Vorlage hierüber zu unterbreiten. Mit Rücksicht auf die staatliche Besoldungsreform und in Anbetracht der Notlage der unteren städtischen Beamten hat der Magistrat beschlossen, den Angehörigen der Besoldungsgruppen V bis IIIa, der staatlichen Klassen 1 bis 6, auf diese Nachzahlungen einen Vorschuß von 1500 Mark zu zahlen. Dieser Vorschuß ist bereits ausgezahlt worden.

Die teuersten Städte im Reich. Die Teuerungszahlen vom November liegen jetzt vor. Seit man die Zahl von 1913/14 auf 100, so ergibt sich jetzt als teuerster Ort Neustettin mit 1916. An zweiter Stelle kommt Stolp mit 1822. Eine mehr als 17fache Teuerung haben Demmin mit 1754, Oldenburg 1753, Marienwerder 1744, Gera 1730. Mit mehr als 16facher Teuerung folgen Herford 1662, Braunschweig 1652, Reichenbach i. V. 1641, Lübeck 1629, Bremen 1614, Erfurt 1612, Solingen 1609, Bautzen 1607. Nahe kommt Crimmitschau mit 1598, Aachen 1580, Eberswalde 1578, Schwerin 1572, Selb und Sebnitz 1570, Darmstadt 1543, Kiel 1502, Nürnberg 1501. Von den größeren Orten hatte noch Berlin 1367, Hamburg 1573, Köln 1577, München 1398, Leipzig 1400, Dresden 1383, Breslau 1374, Essen 1413, Frankfurt a. M. 1327.

Der „Bankdirektor aus Mailand".

Ein erfolgreicher Schwindler.

Ein Bankschwindler, der mit verschiedenen Tricks arbeitet, treibt seit einiger Zeit in Groß-Berlin sein Unwesen. Er hat es besonders auf kleine Bankgeschäfte abgesehen und hat schon erhebliche Summen erbeutet. Zunächst trat er als Direktor Eugen Rena von der Banca Commerciale Italiana in Mailand auf. Von einem der ersten Hotels in der Gegend des Potsdamer Platzes fragte er unter diesen Namen und Titel bei Bankgeschäften an, ob sein Kreditbrief von der italienischen Bank schon eingetroffen sei. Die Frage wurde natürlich verneint. Der feingekleidete Herr begab sich dann persönlich in das Bankgeschäft und berichtete, daß der Kreditbrief, der an das Geschäft gerichtet sei, eigentlich schon hätte eintreffen müssen. Besondere Verhältnisse zwängen ihn jetzt, während er es sonst nicht so eilig gehabt hätte, auf den Brief, der jeden Augenblick eintreffen würde, sich einen Kredit zu erbitten. Der Mann, der vorspiegelte, daß seine Frau und Mutter plötzlich abreisen müßten, erhielt jedesmal, was er verlangte. Der Kreditbrief blieb jedoch aus. Deshalb wurde er endlich festgenommen. Bei der Kriminalpolizei aber blieb der Verhaftete bei allen seinen Behauptungen, und da eine Antwort auf eine Nachfrage bei der italienischen Bank ausblieb, mußte er wieder freigelassen werden. Später kam dann die Antwort und bestätigte den Verdacht, daß man es mit einem Schwindler zu tun habe.

Dieser war unterdessen nach Frankfurt a. M. gefahren und hatte sich dort durch Anlegung eines kleinen Kontos bei der Privat- und Commerzbank ein Scheckbuch verschafft. Mit diesem kam er nach Berlin zurück, und jetzt betrog er andere Bankgeschäfte mit der falschen Angabe, daß er Geld brauche, um große Kartoffelgeschäfte mit Holland tätigen zu können. Jetzt nannte er sich Eugen v. Stummer und behauptete, Direktor einer tschechischen Bank zu sein. Sein Guthaben in Frankfurt gab er auf 1000 englische Pfund an. Die Bankgeschäfte, die glaubten, auf diese Weise eine gute Verbindung anknüpfen zu können, honorierten seine Schecks und waren ihr Geld ebenso los, wie früher die anderen. Trotz wiederholter Warnung ist es noch nicht gelungen, den Schwindler unschädlich zu machen. Mitteilungen, die zu seiner Festnahme führen können, nimmt die Dienststelle E II,1 der Berliner Kriminalpolizei entgegen.

Zum Streik der Berliner Kraftdroschkenbesitzer. Im städtischen Verkehrsamt verhandelte gestern Stadtbaurat Dr. Adler mit den Vertretern des Berliner Kraftdroschkengewerbes. Auf Anfrage erklärten die Kraftdroschkenbesitzer, daß sie zu einer sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes bereit seien würden, falls das städtische Steueramt ihnen die Kraftdroschkensteuer für kurze Zeit stunden würde. In der Zwischenzeit könne dann durch Verhandlungen mit dem Magistrat und dem Polizeipräsidium der Versuch gemacht werden, über die Art der Steuererhebung eine Verständigung herbeizuführen. Stadtbaurat Dr. Adler wies demgegenüber zunächst darauf hin, daß ein der seit Montag eingeführten zwanzigfachen Taxe für Benzindroschken und fünfzehnfachen Taxe für elektromobile nicht mehr zu rütteln sei. Was die Forderung auf Stundung der Steuer anlange, so erscheine es mehr als fraglich, ob sich das städtische Steueramt zu einer solchen Maßnahme bereit erklären würde. Die Besprechungen im Verkehrsamt hatten nur einen informatorischen Charakter. Endgültige Beschlüsse werden voraussichtlich erst in der für Donnerstag nach den Germaniasälen einberufenen Versammlung der Berliner Kraftdroschkenbesitzer gefaßt werden.